

## Titel des ÖGfE-Leserbriefes:

### „73% der Österreicher(innen) möchten auf die EU nicht verzichten“

Stellungnahme von Mag. Paul Schmidt zu dem Leserbrief „(Ein-) Gebildete EU-

Befürworter?“ von Dipl.-Ing. Stephan Zangerl, Kronen Zeitung, Freitag 16. April 2010, Seite 29

# Endlich das Volk über die EU befragen!

73% der Österreicher(innen) möchten auf die EU nicht „verzichten“:

Herr Dipl.-Ing. Stephan Zangerl kritisiert in seinem Leserbrief „(Ein-)Gebildete EU-Befürworter“ vom 16. April eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, die u. a. festhält, dass Befragte mit höherem schulischem Ausbildungsgrad (Matura, Uni-Abschluss) die EU-Mitgliedschaft positiver sehen. Hiermit ist allerdings keinerlei

„unterschwellige Botschaft“ verbunden. Die Aussage ist wertfrei und beruht auf den von uns erhobenen Daten.

Die Umfrage zeigt übrigens auch, dass junge Menschen der EU positiv gegenüberstehen.

Keine Frage: Die EU ist nicht ohne Fehler, und die Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden. Die Auswirkungen europäischer Entscheidungen sollten daher noch genauer überprüft und v. a. besser kom-

muniziert werden. Aber ein „Verzicht“ auf die EU-Mitgliedschaft Österreichs ist keine Alternative und hätte schwerwiegende negative Folgen. Dessen scheint sich auch eine Mehrheit der Österreicher(innen) bewusst zu sein: Gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft auf 73% angestiegen.

Mag. Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, per E-Mail

Stellungnahme der „Kronen Zeitung“:

Die 73 Prozent sind falsch. Die EU könnte dies leicht durch eine Volksbefragung beweisen. Sie hat ja genügend Geld, um dies durchzuführen. Ein Staat wie Österreich, den die EU mit der Kriminalität in eine furchtbare Lage gebracht hat, würde und müsste sich zur klaren Gegnerschaft zur EU bekennen. Aber man weigert sich, eine solche Frage an das Volk zu richten. Österreich ist eben durch die EU keine Demokratie mehr...

Leserbrief von Dipl.-Ing. Stephan Zangerl, Kronen Zeitung, Freitag 16. April 2010, Seite 29

## (Ein-)Gebildete EU-Befürworter?

Im Zuge der Bekanntgabe der jüngsten EU-Umfrage (im Auftrag des Pro-EU-Vereins „Österreichische Gesellschaft für EU-Politik“) meinte man, wie schon so oft in der Vergangenheit, wieder einmal deutlich betonen zu müssen: Je höher die Ausbildung, umso größer die EU-Zustimmung. Die unterschwellige Botschaft, welche damit an die vielen in Sachen EU Unentschlossenen überkommen soll, scheint klar: Wo wollt ihr hingehören? Etwa zum ungebildeten Pöbel? Wenn nicht, so müsst ihr euch schon zur EU bekennen! Dieses hochnäsige Gehabe ist ja hinlänglich bekannt.

Dass man die heute noch anzutreffenden EU-Befürworter in erster Linie unter den sogenannten „höher Gebildeten“ findet, hat einen einfachen Grund: Je höher die Ausbildung, umso höher wird in der Regel auch das Einkommen

sein und umso geringer damit die Wahrscheinlichkeit, von den negativen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft betroffen zu sein.

Aus „geschützten Werkstätten“ heraus, wie u. a. diversen EU-huldigenden Zeitungsredaktionen, können jene Akademiker natürlich leicht und süffisant von so Kinderlitzchen wie dem Wegfall der Passkontrollen sowie Wechselspesen bei Auslands-

reisen floskeln. Als ob viele österreichische Normalbürger nicht ganz andere Sorgen hätten! Für eine Mindestrentnerin, die irgendwie über die Runden kommen muss, oder einen arbeitslosen Familienvater, dessen Fabrikarbeitsplatz „dank“ EU-Osterweiterung ins Ausland „outgesourct“ wurde, können Hinweise auf geringfügig bequemlichere Auslandsreisen nur überaus zynisch wirken...

Es muss jedenfalls auch einmal betont werden, es gibt viele Akademiker in Österreich, die nicht (!) in blind-egoistischer Manier die EU gutheißen, sondern die sich ganz im Gegenteil solidarisch zeigen mit den so zahlreichen EU-Geschädigten und die auf die Mitgliedschaft Österreichs bei diesem Brüsseler Scheinheiligenverein gut und gerne verzichten können.

Dipl.-Ing. Stephan Zangerl, Salzburg